

Liebe Mitglieder des Vereins für Tierrechte, liebe Tierfreunde,

nach einer längeren Pause wende ich mich heute wieder mit einem "tierschutz aktuell" an Sie, um über einige wichtige Probleme zu informieren und Ihnen darzustellen, was wir uns für das neue Jahr vorgenommen haben.

Bitte unterstützen Sie uns weiter, denn es gibt noch ganz viel zu tun! Im Namen des Vorstands Freia Quaß

Aus für Mienenbüttel!

Nach den wochenlangen Protesten, die auf die furchtbaren Filmaufnahmen aus dem LPT folgten, hat der Landkreis Harburg "mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis der LPT am Standort in Mienenbüttel widerrufen". Man sei insgesamt zu der Überzeugung gekommen, dass die Zuverlässigkeit des Betreibers nicht mehr gegeben sei. Das ist ein großartiger Erfolg für die Soko Tierschutz und für die vielen engagierten Menschen, die teils seit Jahrzehnten gegen das Skandal-Labor protestiert haben.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass intensiver Protest doch Erfolg haben kann. Allerdings ist dies nicht das Ende der Quälerei in den Versuchslabors. LPT hat noch weitere Standorte, an denen Tiere leiden und sterben. Zudem ist der Skandal lediglich ein Symptom. Um das Ende der Tierversuche einzuleiten, muss nicht nur ein Horrorlabor schließen. Wir brauchen endlich einen systematischen Ausstiegsplan aus dem "System Tierversuch".

Ende Januar startet darum der "Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.", in dem wir als Verein Mitglied sind, eine neue Kampagne. Zusammen mit vielen anderen Vereinen werden wir dann bei der Bundesregierung Druck für den Einstieg in den Ausstieg machen.

Kastenstände: tierquälerisch - rechtswidrig

Der Agrarausschuss des Bundesrates berät am 14. Februar 2020 über die Fortsetzung der extrem tierquälerischen und rechtswidrigen Haltung von Muttersauen in Kastenständen. Ein breites Bündnis aus über 20 Tier- und Umweltschutzverbänden fordert die Mitglieder des Agrarausschusses des Bundesrates auf, die Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zurückzuweisen und sich nicht an der Legalisierung tierquälerischer Haltungsbedingungen zu beteiligen.

Die Fixierung von Sauen in körpergroßen Metallkäfigen, die sogenannte Kastenstandhaltung, verstößt gegen das Tierschutzgesetz und ist verfassungswidrig. Im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird nun versucht, den Kastenstand bis auf weiteres zu legitimieren. Die mangelhafte Haltungsverordnung für Schweine besagt bereits seit 1988, dass die Tiere zumindest ein Recht darauf haben, mit ausgestreckten

Beinen ruhen zu können. Halter sollten in einer Übergangsfrist bis spätestens 1992 dafür sorgen, dass dies möglich ist – doch in den vergangenen Jahrzehnten hat sich nichts getan. Zuletzt hatte das Oberverwaltungsgericht Magdeburg in einem Gerichtsurteil im Jahr 2015 festgestellt, dass die üblichen Kastenstände nicht den Vorgaben der Haltungsverordnung entsprechen und deshalb illegal sind. Statt nun endlich die Behörden zu verpflichten, keine Kastenstände mehr zu genehmigen, plant die Bundesregierung, den entscheidenden Nebensatz, dass "jedes Schwein in Seitenlage die Gliedmaßen ausstrecken kann" aus der Verordnung herauszustreichen, zugunsten der Agrarlobby.

So wird aus einem illegalen Zustand ein legaler gezaubert und ein gesprochenes Gerichtsurteil nicht nur völlig ignoriert, sondern einfach außer Kraft gesetzt – zur Verschlechterung für die Tiere. Dies ist ein Verstoß gegen Artikel 20a Grundgesetz und das damit einhergehende sogenannte Verschlechterungsverbot. Die illegalen Kastenstände sollen für weitere 17 Jahre bestehen bleiben dürfen.

Quelle: VIER PFOTEN in Deutschland

Kälbertransporte: ein ganz trauriges Kapitel

Sehr junge Kälber, die nicht abgesetzt sind und darum auf Milch bzw. Milchaustauscher angewiesen sind, dürften nicht über lange Strecken transportiert werden, weil sie in den üblichen Fahrzeugen nicht versorgt werden können- so die einhellige Meinung aller Experten. Die Veterinärbehörde des Landratsamtes Ravensburg hatte darum auch Ende letzten Jahres die Transportgenehmigung eines Kälbertransportes nach Spanien mit der Begründung abgelehnt, dass eine art- und altersgerechte Versorgung der Kälber nicht möglich sei.

Dann kam der Hammer:

Am 09.12.2019 wies das Verwaltungsgericht Sigmaringen per Eilentscheid das Veterinäramt Ravensburg an, den Transport von 149 Kälbern von Bad Waldsee nach Spanien zu genehmigen. Die Rinderunion hatte den Gerichtsbeschluss herbeigeführt. Der Tierschutzgedanke blieb mal wieder auf der Strecke.

"Die vom Verwaltungsgericht angeordnete Genehmigung dieses Transportes ist nach unserer Auffassung sogar ein Rechtsbruch. Sie ignoriert die Vorgaben der EU-Tierschutztransportverordnung und die einhellige Expertenmeinung, dass es keine geeigneten Transporter für nicht abgesetzte Kälber gibt", kritisiert Iris Baumgärtner, Vorstand Animal Welfare Foundation.

Kälbertransporte sind die Folge einer total verfehlten Agrarentwicklung. Kühe müssen regelmäßig gebären, damit sie Milch geben. Kälber - vor allem männliche, aber auch weibliche - sind ein "lästiges Nebenprodukt der Milchproduktion". Die heutigen Milchkuhrassen sind ausschließlich auf Milchhöchstleistungen gezüchtet. Männliche Kälber setzen kaum Fleisch an und sind darum wertlos.

Dass es auch anders geht, sieht man auf dem Hof Möller (Bioland) in Lentföhrden. Schauen Sie hier auf unserer Homepage die Wiedervereinigung von Kuh und Kalb.

http://www.tierrechte-ahrensburg.de/galerie.html

Unsere Planung für 2020

Mai: Gottesdienst für Mensch und Tier in der Schloßkirche Ahrensburg mit Pastor Okun.

29.06.2020: Jahreshauptversammlung

Oktober 2020: Fotoausstellung im Rathaus Ahrensburg, Foyer mit Eröffnungsveranstaltung

05.09.2020: Mahnwache in Ahrensburg

1. Advent 2020: Infostand auf dem Weihnachtsmarkt der Schloßkirche Ahrensburg Außerdem werden wir uns wieder an Demonstrationen und Aktionen anderer Verbände beteiligen.

P.S.

Wir freuen uns, wenn Sie daran denken, den Mitgliedsbeitrag zu überweisen (es sei denn, dies ist schon erledigt).